

Beschluss

Programm zur Landtagswahl 2011: Kapitel 2

Erhalten, was uns erhält

Baden-Württemberg ist lebenswert, vielfältig und leistungsfähig. Seine Stärke liegt auch in dem großen Potenzial seiner Natur- und Kulturlandschaften. Sie enthalten ein enormes volkswirtschaftliches Kapital – als landwirtschaftliche Nutzgebiete, Erholungsräume und Reservoirs der biologischen Vielfalt. Gleichzeitig ist der ländliche Raum aber auch Gradmesser für das Fortschreiten der exzessiven Landnutzung und die Zunahme des Ressourcenverbrauchs. Wie alle hoch industrialisierten Regionen der Welt wirtschaftet und konsumiert auch Baden-Württemberg, als hätten wir noch eine zweite Erde, wenn die erste verbraucht ist. Unsere Lebensweise in Stadt und Land, unsere Mobilität und unsere Verschwendung von Ressourcen sind kein Modell für die Zukunft. Diese Art von verbrauchendem Wohlstand zerstört die Lebensgrundlagen kommender Generationen – auch in unserem Land für unsere Kinder. Für uns GRÜNE gehören Ökologie und Ökonomie zusammen. Zukünftiger Reichtum liegt im Schutz und der Bewahrung natürlicher Ressourcen, nicht in deren rücksichtslosem Verbrauch. Das neue Baden-Württemberg lebt anders. Umwelt-, Klima- und Naturschutz, hohe Lebensqualität und nachhaltige Wirtschaftskraft sind das gemeinsame Ziel grüner Politik.

Leitidee: Schluss mit der Ressourcenverschwendung

Die wichtigste Zukunftsaufgabe für die Industrieländer ist die Eindämmung des Ressourcenverbrauchs. Das bezieht sich auf den Verbrauch fossiler Energien, den Verbrauch von Rohstoffen für Konsumgüter, den Flächenverbrauch und die Übernutzung von Wasser. Die Wirtschaft darf sich der notwendigen Umorientierung nicht entziehen, indem sie ihren „ökologischen Fußabdruck“ in andere Länder verlagert. Es hilft der globalen Aufgabe von Klima- und Ressourcenschutz nicht, wenn unsere Unternehmen sich mit Klimaschutz in Entwicklungsländern von ihren vorgeschriebenen CO₂-Reduktionen freikaufen oder Rohstoffe importieren, deren Abbau weltweit zu immer tieferen ökologischen Schäden führt. Es gilt vielmehr, ressourcensparende Produktionsweisen und Wiederverwertungsstrategien zu entwickeln und auf regenerative Energien umzusteigen.

Auch unser Lebensstil muss sich den zukünftigen Herausforderungen anpassen – weniger Verbrauch von Rohstoffen und Energie wird allein mit effizienterer Technik nicht zu erreichen sein. Wir wollen einen neuen Wohlstandsbegriff entwickeln. Wenn wir zukunftsfähig werden wollen, dürfen wir Wohlstand nicht weiterhin undifferenziert mit Wachstum gleichsetzen.

Erst wenn gesellschaftliche Ausgaben zur Kompensation von Umweltbelastungen, Schäden durch Wasserverschmutzung, Schäden im Zuge von Bodenbelastungen, Schäden durch Luftverschmutzung, Schäden durch Lärm, Verlust bzw. Gewinn durch die Veränderung der Fläche von Feuchtgebieten, Schäden durch Verlust landwirtschaftlich nutzbarer Fläche, Ersatzkosten durch Ausbeutung nicht erneuerbarer Ressourcen, Schäden durch CO₂-Emissionen, Kosten anthropogen (mit-) verursachter Naturkatastrophen und Kosten des Artenschwundes in die Bewertung von Wachstum mit einfließen, erreichen wir ein wirklichkeitsgerechteres Bild.

Die bisher weitgehend wirkungslose Nachhaltigkeitsstrategie des Landes muss evaluiert und auf einer fundierteren Grundlage weiterentwickelt werden. Wir fordern einen „Nachhaltigkeits-Check“ für landespolitische Entscheidungen durch eine ressortunabhängige Stelle. Der Umweltplan des Landes ist fortzuschreiben und konsequent umzusetzen.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg bei den Landeseinrichtungen durch ein konsequent nachhaltiges und ökologisches Beschaffungswesen Anreize für umweltverträgliche Innovationen schafft und endlich eine Vorbildfunktion im Hinblick auf ein verantwortungsvolles Konsumverhalten übernimmt. Ökologisches Gebäudemanagement, Materialeinsparung, Einsatz von Recyclingpapier, Bioessen in Kantinen, die Nutzung von Ökostrom und eine verbrauchsarme Fahrzeugflotte sind hierbei wichtige Faktoren.

Auch in der Abfallpolitik sehen wir noch Optimierungspotenzial. Obwohl wir dank grüner Politik schon viel erreicht haben, sind wir von einer echten Kreislaufwirtschaft immer noch weit entfernt. Unternehmen müssen dazu angehalten werden, Produkte so herzustellen, dass sie langlebig, reparaturfreundlich und recycelbar sind. Das energetische Potenzial von Bioabfällen muss besser als bisher genutzt werden. Die Abfallwirtschaft muss von einer Entsorgungs- zu einer Versorgungswirtschaft werden.

Ressource Boden

„Netto-Null“ lautete 2006 das ehrgeizige Ziel der schwarz-gelben Landesregierung, als es um die Frage des zukünftigen Flächenverbrauchs ging. Diesen Worten sind aber kaum Taten gefolgt. Obwohl die baden-württembergische Bevölkerung nicht weiter wächst, werden selbst bei schlechter Konjunktur pro Tag immer noch etwa 7 Hektar Land – überwiegend landwirtschaftliche Flächen – in Baugebiete umgewandelt. Dabei bieten die vorhandenen Gewerbe- und Wohngebiete noch reichlich Spielraum für Nachverdichtungen. Es darf nicht sein, dass sich Kommunen weiterhin einen ruinösen Konkurrenzkampf um Gewerbeansiedlungen und Neubaugebiete liefern. Die Unterhaltung von Kanal-, Wasser-, Wärme- und Stromnetzen in weit verzweigten Kommunen wird teuer, wenn die Bevölkerung abnimmt.

Wir GRÜNEN setzen uns für eine Begrenzung des landesweiten Flächenverbrauchs und die Einführung streng limitierter, handelbarer Flächenzertifikate als Steuerungsinstrument ein. Neue Baugebiete dürfen erst nach Ausschöpfung der bestehenden Potenziale und einer strengen Bedarfsprüfung ausgewiesen werden. Hierzu ist die Einführung verbindlicher Bauflächenkataster notwendig. Der Innenentwicklung ist immer Vorrang vor der Außenentwicklung einzuräumen. Bei der Standortwahl ist die Verkehrsanbindung an die Schiene als wichtiges Kriterium zu berücksichtigen. Der Einzelhandelserlass muss konsequent umgesetzt werden, um einen unnötigen Flächenverbrauch und das Ausbluten der Innenstädte zu verhindern. Eingriffe in Natur und Landschaft sind durch Maßnahmen an anderer Stelle auszugleichen, die tatsächlich zu einer ökologischen Aufwertung führen.

Bodenschutz heißt nicht nur, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Böden müssen auch wirksamer vor Erosion und Schadstoffeinträgen geschützt werden. Altlastenflächen sollen zügig und konsequent saniert werden. Aktiver Bodenschutz ist gleichzeitig Klimaschutz: Böden, insbesondere Moore, nicht entwässerte Waldböden und Grünland, sind CO₂-Senken. Werden sie intelligent bewirtschaftet – z.B., indem feuchte Standorte als Grünland statt als Ackerland genutzt werden –, lassen sich erhöhte CO₂-Emissionen aus der Landwirtschaft vermeiden. Notwendig ist ein landesweites Programm zur Renaturierung und Wiedervernässung von Mooren. Dies dient dem Erhalt der Artenvielfalt und leistet gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Wichtiger Ansatz ist hierbei auch eine konsequente Neuausrichtung der konventionellen Landwirtschaft weg von der intensiven Bodenbearbeitung hin zu gezieltem Aufbau von artenreichen und CO₂-speichernden Humusböden.

Ressource Wasser

Baden-Württemberg besitzt – anders als viele andere Regionen der Erde – ausreichende Wasservorräte. Regional und jahreszeitlich kann Wasser aber auch bei uns zur Mangelware werden. Für unsere Flüsse sind die Abwärmeeinleitungen aus den Kohle- und Atomkraftwerken besonders im

Sommer problematisch. Wir brauchen Anreize für einen sparsamen Umgang mit Wasser und eine entsprechende Ausgestaltung des Wasserentnahmeentgelts, das Wasserversorger, Industrie und Energieunternehmen zu entrichten haben. Wir begrüßen die gerichtliche Entscheidung für eine gesplittete Abwassergebühr, die notwendige Anreize zur Entsiegelung setzt. In erster Linie geht es in Baden-Württemberg jedoch um die Qualität des Wassers. Wir GRÜNEN setzen uns für hohe Standards bei der Abwasserentsorgung ein, um die Belastungen der Gewässer mit Spurenstoffen weiter zu senken. Im ländlichen Raum wollen wir die Chancen nutzen, die innovative dezentrale Lösungen bieten, statt auch noch das letzte Gehöft an eine zentrale Anlage anzuschließen.

Ein vorausschauender Hochwasserschutz ist wichtig. Die Landesregierung hat die Umsetzung des „Integrierten Rheinprogramms“ verschleppt und ökologische Maßnahmen zurückgestellt. Auch bei Hochwasserschutzmaßnahmen an kleineren Gewässern setzt die Wasserwirtschaft noch sehr oft v.a. auf teure technische Lösungen, anstatt dezentrale Lösungen zu fördern. Wir GRÜNEN setzen uns für einen naturnahen Hochwasserschutz ein und wollen das Bauen in Auen beenden. Wir fordern durchgehende Gewässerrandstreifen und mehr Mittel für die Renaturierung und den Rückbau von Wanderungshindernissen für die Gewässerfauna. Unsere Gewässer müssen wieder zu Lebensadern der Landschaft werden.

Leitidee: Gesundes Leben braucht eine gesunde Umwelt

Zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Konsum gehört auch, weniger Schadstoffe in die Umwelt zu bringen. Das Übermaß an Chemikalien in unserem Alltag, Pestizide in Nahrungsmitteln, Lärm, Feinstaub und Elektrosmog sind – vor allem in der Kombination - potenzielle Krankheitsauslöser und besonders für unsere Kinder eine ständige Bedrohung. Die Zunahme von Allergien ist erschreckend.

Die Wechselwirkung von Umweltbelastungen macht es oft unmöglich, Krankheitsbilder und ihre Auslöser in einen nachweisbaren Zusammenhang zu bringen. Deshalb setzen wir bei der Vorsorge an. Gesunder Boden, sauberes Wasser und reine Luft sind die ersten Voraussetzungen für ein gesundes Leben. Dank grüner Umweltpolitik hat sich hier in den letzten Jahrzehnten schon viel gebessert. Doch unsere Ziele haben wir noch lange nicht erreicht. Das Recht auf gesundes Wohnen und gesunde Nahrungsmittel, der Schutz vor Umweltgiften, Lärm und schädlicher Strahlung gehören zu den Leitlinien unserer Umweltpolitik. Wir setzen uns für vorsorgeorientierte und kindgerechte Grenzwerte und eine nachhaltige Produktion ein und wollen in diesen Fragen mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung.

Mündige und gut informierte BürgerInnen sind das Rückrat einer gelebten Umweltpolitik und einer aktiven Gesundheitsvorsorge. Deshalb wollen wir das Ehrenamt in diesem Bereich aufwerten und die Beteiligungs- und Informationsrechte der BürgerInnen stärken. Wir wollen den Zugang zu umweltbezogenen Informationen erleichtern und die Anwendung des Umweltinformationsgesetzes bürgerfreundlicher gestalten.

Luft und Lärm

Bei der Luftreinhaltung hinkt Baden-Württemberg den Vorgaben der EU seit Jahren hinterher: In 25 Kommunen mussten aufgrund von Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub und/oder Stickstoffdioxid Luftreinhalte- und Aktionspläne erstellt werden. Doch die bisherige Landesregierung scheut Maßnahmen, die den Autoverkehr wirkungsvoll einschränken. So wurden zwar viele Umweltzonen ausgewiesen, doch diese Zonen sind zu klein, und für das Befahren gelten zahllose Ausnahmeregelungen. Außerdem wird die Einhaltung der Regelungen nicht kontrolliert – kein Wunder also, dass die AnwohnerInnen viel befahrener Straßen immer noch unter „dicker Luft“ leiden. Auch der Zielwert für Ozon, der zum Schutz der menschlichen Gesundheit eingeführt wurde, wird jeden Sommer überschritten. Wir GRÜNEN wollen saubere Luft und stellen dafür auch in der Verkehrspolitik die Weichen.

Beim Lärmschutz steht das Land kaum besser da: Anders als die Mehrheit der restlichen Bundesländer hat Baden-Württemberg die Mittel aus dem Konjunkturprogramm des Bundes nicht für Lärmschutzmaßnahmen eingesetzt. In Ermangelung eines Förderprogramms fehlt für teure Maßnahmen das Geld, und kostengünstige Maßnahmen wie Tempolimits oder Durchfahrverbote für LKW werden in den Regierungsbezirken und auf Kreisebene vielerorts von den Straßenverkehrsbehörden blockiert. Das wollen wir ändern: Die Kommunen sollen bei der Umsetzung von Lärmaktionsplänen und bei der Durchsetzung straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen besser unterstützt werden. Luftreinhaltung und Lärmschutz sind aktive Gesundheitsfürsorge!

Mobilfunk

Die Zunahme von Elektromog durch die Ausweitung des Mobilfunks ist der Preis, den wir als elektronisch vernetzte Gesellschaft zahlen. Über die Auswirkungen der zunehmenden Strahlenbelastung wissen wir trotz schon umfangreicher Forschungsprogramme immer noch zu wenig – es gibt jedenfalls keinen Anlass zur Entwarnung. Wir müssen die gesundheitlichen Gefahren und Risiken aller auf Mikrowellen basierender Funktechnik im Auge behalten. Insbesondere brauchen wir Forschung zu Langzeitwirkungen und Wirkungen auf Kinder und Jugendliche. Gleichzeitig müssen Entwicklung und Einsatz alternativer Techniken intensiviert werden.

Auf Bundesebene setzen wir uns für Grenzwerte ein, die einen ausreichenden gesundheitlichen Schutz und die Vorsorge vor Risiken beinhalten. Die Strahlenbelastung muss minimiert werden, auch durch gemeinsame Netznutzung der verschiedenen Anbieter. Für Bevölkerung und Kommunen wollen wir mehr Mitspracherecht bei der Standortwahl für Mobilfunkmasten. Dazu streben wir u. a. eine Änderung der Landesbauordnung mit dem Ziel der Genehmigungspflicht für alle Mobilfunkmasten an. Standortdebatten müssen öffentlich werden und im Gemeinderat geführt werden. Strahlungsarme oder strahlungsfreie Räume müssen – wo es sie noch gibt – erhalten bleiben, um elektrosensiblen Menschen Rückzugsmöglichkeiten zu bieten.

Unser Prinzip: Vorsorge

Wir wollen die Einführung neuer Technologien aktiv mitgestalten. Dafür braucht es einen gesellschaftlichen Rahmen, in dem alle potenziell Betroffenen Gehör finden und in dem die sozialen und ökologischen Risiken erforscht werden – der Markt reicht hier nicht aus. Die Forschungseinrichtungen des Landes müssen sich verstärkt mit Technikfolgenabschätzung befassen.

Dieses Prinzip wurde immer wieder missachtet – bei der Atomkraft, bei der Gentechnik, beim Mobilfunk und bei anderen Technologien. Besonders riskant ist die Missachtung des Vorsorgeprinzips, wenn es sich um Technologien handelt, deren Auswirkungen sich mit dem heute vorhandenen Wissen nicht einschätzen lassen. Wir GRÜNEN stehen ausnahmslos für das Vorsorgeprinzip.

Das gilt auch für die Nanotechnologie. Sie nutzt winzige Strukturen, um bekannten Stoffen neue, erwünschte Eigenschaften zu verleihen. Dies eröffnet große Chancen etwa im Hinblick auf die Energieeffizienz oder die Langlebigkeit von Produkten. Ob sich dabei auch unerwünschte Eigenschaften entwickeln, bleibt bislang meist unbeachtet. Trotz dieser Wissenslücken werden Nanoprodukte schleichend in den Markt eingeführt. Wir fordern mehr Risikoforschung in diesem Bereich und ein Moratorium für die Anwendung der Nanotechnologie mindestens in Nahrungsmitteln und Kosmetikartikeln. Nanoprodukte, die direkt mit dem menschlichen Körper in Berührung kommen, müssen verboten werden, solange die damit verbundenen Risiken nicht geklärt sind.

Wir GRÜNEN stehen in der Umweltpolitik für Schutz und Vorsorge. Als fortschrittsfreundliche Partei wollen wir diesen Fortschritt umwelt- und menschenverträglich gestalten. Deshalb sind Regeln und Grenzwerte, die sich am Vorsorgeprinzip orientieren, sowie deren Einhaltung und Kontrolle für uns unverzichtbar.

Leitidee: Die Artenvielfalt bewahren

Die biologische Vielfalt von Tieren, Pflanzen und Lebensräumen ist unsere „Lebensversicherung“. Ihr verdanken wir, dass Böden fruchtbar bleiben, unsere Ernährung gesichert ist und Wasserhaushalt und Klima im Gleichgewicht bleiben. Wir müssen die Artenvielfalt bewahren – nicht nur im Regenwald, sondern auch bei uns, in Schutzgebieten ebenso wie auf Nutzflächen.

Diese Aufgabe obliegt nicht nur dem Naturschutz, sondern auch der Land- und Forstwirtschaft sowie der Stadt- und Verkehrsplanung. Gerade dem Schutz von Natura 2000-Gebieten muss dabei in Genehmigungsverfahren besonderes Gewicht zukommen. Das Ziel, bis zum Jahr 2010 den dramatischen Artenverlust in Europa zu stoppen, ist deutlich verfehlt worden und muss nun umso konsequenter verfolgt werden. Die „Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt“ ist auch in Baden-Württemberg umzusetzen.

Naturschutz in der Kulturlandschaft funktioniert nur im Zusammenspiel mit der Landnutzung. Die Agrarförderprogramme und die forstliche Förderung sind so weiterzuentwickeln, dass sie umwelt- und naturschutzgerechte Wirtschaftsprozesse belohnen und attraktive Anreize für einen Umstieg auf eine ökologische Bewirtschaftung schaffen. So darf es beispielsweise kein Bienensterben durch Pestizideinsätze mehr geben. Stattdessen brauchen wir eine vielfältige Kulturlandschaft mit einer Blütenvielfalt, von der Bienen und Schmetterlinge profitieren. Beratung und Forschung wollen wir entsprechend ausrichten. Die erfolgreiche Arbeit in den PLENUM-Projektgebieten – den Gebieten des Projekts des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt – zeigt, wie Naturschutz und landwirtschaftliche Nutzung miteinander in Einklang gebracht werden können. Auch die Naturparke, das Biosphärengebiet Schwäbische Alb und die acht Landschaftspflegeverbände im Land zeichnen sich durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz aus. Wir wollen diese Ansätze in die Fläche tragen.

Naturschutz

Natur- und Landschaftsschutzgebiete, das europäische Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ und das „Biosphärengebiet Schwäbische Alb“ bieten gefährdeten Arten Rückzugsräume. Um diese „Schatzkammern“ zu pflegen, braucht der Naturschutz die entsprechenden Mittel und eine gute Infrastruktur. Daher unterstützen wir die flächendeckende Einrichtung von Landschaftspflegeverbänden. Die Umsetzung von „Natura 2000“ wollen wir beschleunigen. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass weitere Schutzgebiete ausgewiesen werden. Insbesondere bei großflächigen Schutzgebieten (Biosphärengebiete, Nationalparks) besteht in Baden-Württemberg deutlicher Nachholbedarf. Entwicklungsmöglichkeiten sehen wir u.a. im Schwarzwald. Den Biotopschutz wollen wir auf Streuobstwiesen und artenreiche Mähwiesen ausdehnen.

Der im Bundesnaturschutzgesetz verankerte Biotopverbund muss zeitnah hergestellt werden. Eine weitere Zerschneidung der Landschaft ist zu verhindern, und bestehende Wanderungshindernisse für Wildkatze & Co. sind durch Querungshilfen wie z.B. Grünbrücken zu entschärfen. Entsprechend der Nationalen Strategie für Biologische Vielfalt wollen wir auf mindestens 10 Prozent der öffentlichen Waldfläche eine natürliche Entwicklung ermöglichen. Für den öffentlichen Wald streben wir eine FSC-Zertifizierung an. Den Alt- und Totholzanteil der Wälder wollen wir zugunsten der Artenvielfalt erhöhen. Besonders gefährdete Arten brauchen besondere Unterstützung: Wir wollen das Artenschutzprogramm des Landes stärken und für mehr Naturschutz auf der kommunalen Ebene werben.

Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass Baden-Württemberg auch international Verantwortung für den Schutz der Biodiversität übernimmt. Wir wollen keinen Import von illegal geschlagenem Holz oder anderen Produkten, deren Gewinnung die Entwaldung oder der Zerstörung von Mooren

bedeutet. Außerdem soll der Erhalt der Biodiversität auch in der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt werden.

Naturschutz braucht Akzeptanz. Um das Wissen über die Bedeutung der biologischen Vielfalt zu verbreitern, wollen wir die Forschung im Bereich Biodiversität intensivieren und die Umweltbildung ausbauen. In Baden-Württemberg wird ein großer Teil des Naturschutzes von ehrenamtlich Engagierten getragen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen amtlichem und ehrenamtlichem Naturschutz verbessern.

Die Umwelt- und Naturschutzverwaltung hat unter den Verwaltungsreformen und Einsparungen der vergangenen Jahre in besonderer Weise gelitten. Den gewachsenen Aufgaben stehen keine ausreichenden Personalkapazitäten gegenüber. In der Folge können vielfach nicht einmal mehr die Pflichtaufgaben wahrgenommen werden und in vielen Bereichen zeigen sich Vollzugsdefizite. Diese werden wir abbauen.

Leitidee: Auch Tiere haben Rechte

Wir Grünen treten für einen respektvollen und ethisch verantwortbaren Umgang mit unseren Mitgeschöpfen, den Tieren, ein. Wir wollen deshalb auch die Tierschutzpädagogik in Kindergärten und Schulen stärken, um Kinder und Jugendliche für dieses Ziel zu sensibilisieren. Die Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel in der Landesverfassung und im Grundgesetz ist ein großer Erfolg grüner Politik. Wir GRÜNEN wollen erreichen, dass dieses Ziel konsequent verfolgt wird und Baden-Württemberg im Bundesrat aktiv für einen besseren Tierschutz in Deutschland und in der EU eintritt.

Da Tiere ihre Rechte nicht selbst einklagen können, gibt es beim Tierschutz erhebliche Vollzugsdefizite. Wir setzen uns deshalb für die Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzverbände ein, wie es für anerkannte Naturschutzverbände seit vielen Jahren besteht. Darüber hinaus setzen wir uns für die Einrichtung der Stelle einer/s Landestierschutzbeauftragte/n ein. Die / der Landestierschutzbeauftragte hat weisungsfrei zu arbeiten.

Tierhaltung

Oberstes Prinzip ist eine artgerechte und qualifreie Tierhaltung. In der Landwirtschaft muss jede Art von quälender Haltung – vor allem die Massentierhaltung – beendet werden. Tierische Produkte sollen in Zukunft Angaben zur Haltungsform enthalten. Außerdem streben wir ein Tierschutzsiegel für artgerechte Haltungsformen an. Fördermittel dürfen nur noch für artgerechte und qualifreie Haltungsformen gewährt werden. Tiertransporte sind besser zu kontrollieren und auf maximal sechs Stunden zu begrenzen. Um die vielfältigen Missstände beim Umgang mit Schlachttieren und bei der Schlachtung zu überwinden, setzen wir uns für höhere Standards und durchgehende Kontrollen ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Haltung, das Mitführen und die Verwendung von Wildtieren in mobilen Zirkusbetrieben sowie ihre Dressur beendet werden. Auch hier wäre die Einführung einer Positivliste ein wichtiger erster Schritt. Die Tierhaltung zur reinen Pelztierhaltung muss ausnahmslos verboten werden. Notwendig ist auch eine Verschärfung der Richtlinien für die Zootierhaltung mit konkreten Haltungsverfahren für Wildtiere, damit ihnen ein weitgehend artgemäßes Leben ermöglicht wird.

Wir sehen die Chancen in der privaten Tierhaltung in der Bildung junger Menschen und Erwachsenen an die Verantwortung für die Tiere. Bei den Heimtieren gibt es oft massive Probleme bei der Durchführung der tierechten Haltung. Wir brauchen deshalb ein Heimtiergesetz, das die Einführung verbindlicher Mindestanforderungen an die Haltung, Zucht und Handel regelt. Des Weiteren wollen wir die bisherigen Regeln des gewerblichen Tierhandels auf ihre tierechte Durchführbarkeit

keit evaluieren und verbindliche Richtlinien für Tierbörsen festlegen. Um Tiere und Menschen zu schützen, wollen wir die private Haltung von exotischen und potenziell gefährlichen Tieren durch die Einführung einer Positivliste restriktiv regeln, die die Haltungsmöglichkeiten aus Artenschutzgründen berücksichtigt.

Tierversuche

Obwohl der Tierschutz ein Staatsziel ist, nehmen die Tierversuche in ganz Deutschland jedes Jahr zu. Wir GRÜNEN setzen uns – wo immer möglich – für die Abschaffung der Tierversuche und für den Einsatz alternativer Methoden ein. Unser Ziel ist eine jährliche Reduzierung um 10 Prozent. Wir wollen Versuche an Primaten innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens beenden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen mehr Forschungsmittel in die tierversuchsfreie Forschung fließen und muss die Genehmigungs- und Kontrollpraxis für Tierversuche verschärft und transparenter gestaltet werden.

Tierschutz und Klimaschutz

Der Verzicht oder die deutliche Reduzierung von tierischen Produkten steht für Klimaschutz, Sicherung der Welternährung, gesundheitliche Prävention und Tierschutz. In Schulen, Mensen und öffentlichen Kantinen sollte über vegane und vegetarische Ernährung aufgeklärt werden und diese auch immer in guter Qualität angeboten werden. Vegetarische und vegane Ernährung müssen als vollwertige Ernährungsformen anerkannt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen öffentlichen Kantinen und Mensen alternativ vegetarische und vegane Gerichte angeboten werden.

Leitidee: Die grüne Agrarwende

Seit Jahrzehnten unterliegt die baden-württembergische Landwirtschaft einem ökonomisch und politisch bedingten Wandel. Wesentliche Elemente der gewachsenen Kulturlandschaft drohen für immer verloren zu gehen. Deshalb müssen wir uns von überkommenen Vorstellungen der bisherigen Agrar- und Forstpolitik lösen.

Eine regional verankerte, nachhaltige Land- und Waldwirtschaft ist für die ökologische Leistungsfähigkeit, die Bewahrung unserer Ressourcen, die Erhaltung der Kulturlandschaft und die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln unverzichtbar. Wir GRÜNEN wollen ihren Erhalt sicherstellen, indem wir auf der Landesebene die agrarpolitischen Rahmenbedingungen schaffen und uns für die richtige Weichenstellung der EU-Agrarpolitik einsetzen. Für die kommende Förderperiode der EU (2014 bis 2020) und damit die Förderprogramme des Landes werden die Weichen schon jetzt gestellt. Bisher profitieren von den Agrarsubventionen der EU v.a. die industrielle Landwirtschaft, Agrokonzerne und Groß-Molkereien. Die Kosten für Wasserverschmutzung, für den Verlust an biologischer Vielfalt und für den Ausstoß von Treibhausgasen trägt die Gesellschaft. So wird statt einer nachhaltigen Landwirtschaft eine Agrarindustrie gefördert, deren Produktion auf Futtermittelimporten aus Drittländern und energieintensiver Düngemittelherstellung basiert und Raubbau an den natürlichen Ressourcen betreibt. Wir wollen die bisherige „Gießkannen“-Förderung mit ihren Pauschalsubventionen beenden.

Öffentliche Gelder sollen für öffentliche Güter fließen. Deshalb müssen EU-Agrarsubventionen konsequent von der ersten auf die zweite Säule – also z.B. von Pauschalprämien auf leistungsbezogene Umweltprämien – umgeschichtet und alle Förderprogramme im Land an ökologischen Kriterien ausgerichtet werden. LandwirtInnen müssen für eine ökologische und nachhaltige Bodenbewirtschaftung, artgerechte Tierhaltung und für ihren Einsatz bei der Pflege der Kulturlandschaft einen wirtschaftlichen Anreiz erhalten.

Wir streben eine grundsätzliche Umstellung des Fördersystems an: Statt Zuschlägen für Umweltleistungen soll es Abschläge geben, wenn Umweltstandards nicht erfüllt werden. Mehrleistungen,

die bei der Bewirtschaftung schwieriger Lagen (z.B. Nasswiesen), der Pflege von Flächen in Naturschutzgebieten oder von Streuobstwiesen anfallen, wollen wir mit einem Bonus vergüten. Auch die Zahl der Arbeitsplätze in landwirtschaftlichen Betrieben soll als Förderkriterium berücksichtigt werden. Im Rahmen der EU-Agrarumweltprogramme soll eine Naturschutzberatung für Land- und Forstwirtschaftsbetriebe helfen, die Ausrichtung der Betriebe auf ökologisch verträgliche Wirtschaftsformen zu verbessern. Eine an Grundfutter und Grünland orientierte Tierhaltung, die Futtermittelimporte aus Überseeregionen überflüssig macht, soll die ökologische Bilanz langfristig verbessern.

Grundsätzlich halten wir eine Deckelung und Offenlegung der EU-Agrarsubventionen in einem vom Europäischen Gerichtshof für zulässig erklärten und mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union vereinbaren Rahmen für unverzichtbar. Die Politik der kontraproduktiven Exportsubventionen wollen wir beenden. Die im November 2010 veröffentlichten Ansätze der Europäischen Kommission zur Ausrichtung der Europäischen Agrarpolitik ab 2013 begrüßen wir als positiven Schritt in diese Richtung, der viele unserer Kernforderungen aufgreift. Im Gegensatz zur schwarz-gelben lobbyorientierten Landesregierung hat Agrarkommissar Ciolos die Zeichen der Zeit verstanden und erkannt, dass eine Begrünung der Agrarpolitik unumgänglich ist. Zur raschen und effizienten Umsetzung der Ziele zum ökologischen Umbau der Förderprogramme im Land ist die Umweltverwaltung schlagkräftig auszustatten und die Landwirtschaftsverwaltung dort zu integrieren.

Die Biogasnutzung ökologisch weiterentwickeln

Grundsätzlich erachten wir Biogasanlagen als einen wichtigen Bestandteil der ökologischen Energiewende und begrüßen sie als neue Einkommensquelle für unsere LandwirtInnen. Doch manche Entwicklungen wie enge Fruchtfolgen, steigender Maisanbau und die Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion durch steigende Pachtpreise bereiten uns auch Sorgen. Wenn sogar Moornasswiesen zu Äckern umgebrochen werden, gerät mehr CO₂ in die Atmosphäre als durch das Biogas eingespart wird. Biogasanlagen, die vorwiegend Ackerfrüchte vergären, oder technisch mangelhafte Anlagen können sogar Klimaspurengase wie Methan und Lachgas freisetzen. Die anfallende Abwärme wird all zu häufig gar nicht genutzt. So kann die Klimabilanz einer Biogasanlage unter dem Strich sogar negativ sein. Der weitere Ausbau von Biogasanlagen muss daher unter stärkerer Berücksichtigung von Klima- und Naturschutz geregelt werden. Bessere technische Standards und Nutzung der Abwärme sind dafür Voraussetzung. Darüber hinaus wollen wir die Umstellung auf eine Verwertung von Reststoffen beschleunigen und fördern. Konflikte zwischen Natur- und Klimaschutz, der Produktion von Nahrungsmitteln und der Erzeugung von Energiepflanzen, wie sie beispielsweise beim großflächigen Anbau von Mais für Biogasanlagen sichtbar werden, sollen durch Korrekturen auf Bundesebene im Gesetz für Erneuerbare Energien (EEG) vermieden werden.

Grüne Waldwirtschaft und Jagd

40 Prozent Baden-Württembergs sind mit Wald bedeckt. Für die Erholung, die Grund- und Trinkwasserbildung, die biologische Vielfalt, den Klimaschutz und nicht zuletzt als Wirtschaftsfaktor mit 17 Mrd. Euro Jahresumsatz besitzt er eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft. Die staatlichen Wälder sollen daher auch künftig öffentliches Gut bleiben.

Wir wollen die naturnahe Waldwirtschaft stärken und weiterentwickeln. Die Landesregierung hat die Waldbewirtschaftung aus der Forstverwaltung in einen eigenständigen Forstbetrieb ausgelagert und sie damit vom Staatsziel Naturschutz entkoppelt. Darin sehen wir eine große Gefahr für unseren Wald. Auch die Funktion des Waldes als Erholungsraum und Arbeitsplatz wurde in den letzten Jahren vernachlässigt.

Wir wollen daher den neuen Forstbetrieb stärker an Umwelt- und Sozialkriterien (Erholungsaspekte, Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen) ausrichten und streben eine FSC-Zertifizierung sämtlicher

Waldflächen im Besitz des Landes sowie eine Waldwirtschaft nach dem Dauerwald-Gedanken an. Gemeinsam mit den Jägerinnen und Jägern, deren wertvolle Arbeit für die Pflege unserer Wälder wir anerkennen, wollen wir durch ein verbessertes Wildmanagement die Naturverjüngung unserer Wälder unterstützen.

Der Generalwildwegeplan muss zügig auch im vorhandenen Straßenbestand umgesetzt werden, um so auch Wildunfälle zu vermeiden. Wir wollen dafür sorgen, dass die Fallenjagd sowie der Abschuss von Haustieren im Jagdgesetz verboten werden und dass bei der Ausbildung von Jagdhunden keine lebenden Tiere mehr eingesetzt werden dürfen. Wir brauchen eine Ausweitung der Schonzeiten für bedrohte Tierarten. Ihre Bejagung und Vergrämung ist unter Umständen vollständig zu untersagen. Wir wollen prüfen, ob das in Baden-Württemberg bestehende Verbot der Bleischrotmunition bei der Wasservogeljagd auch auf die Landjagd und auf andere bleihaltige Munitionsorten auszudehnen ist.

Gute Produkte aus heimischem und naturverträglichem Anbau

Baden-Württemberg ist bundesweit Vorreiter des ökologischen Landbaus: Fast 6.000 Biobetriebe bewirtschaften heute insgesamt 7,2 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Dennoch geht die Ausweitung der Anbauflächen langsamer voran, als es angesichts der steigenden Nachfrage nach Bioprodukten notwendig wäre. Deshalb muss der Ökolandbau stärker unterstützt werden – durch die Beratung und Förderung umstellungswilliger Betriebe und eine bessere Regionalvermarktung.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat ihre Zusagen, den Bio-Landbau stärker als bisher zu fördern, im Jahr 2010 nicht eingehalten. Damit untergräbt sie die Planungssicherheit und das Vertrauen der Landwirtinnen und Landwirte. Zudem hat sie im Herbst 2010 angekündigt, für den gesamten Zeitraum bis Ende 2013 keine Neuanträge für Agrarumweltmaßnahmen mehr zu bewilligen. Damit agiert sie gegen den Trend der Verbrauchernachfrage nach heimischen Bio-Lebensmitteln und gibt wichtige Naturschutzziele auf. Wir von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stehen für die Ausweitung des Bio-Landbaus und die Stärkung einer klima- und naturschutzgerechten Landwirtschaft. Regionale Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen werden gefördert, um die landwirtschaftliche Produktion qualitativ zu verbessern, um für eine kontinuierliche Belieferung des Marktes mit hoher Qualität zu sorgen und um die Marktstellung der LandwirtInnen zu verbessern.

Auch der Weltagrarbericht sieht in kleineren bäuerlichen Strukturen und der ökologischen Bewirtschaftung mit dem Schwerpunkt auf extensiver Landnutzung die Lösung für die Zukunft der Landwirtschaft im Zeichen des Klimawandels. Regionale Produktion braucht faire Preise. Eine reine Weltmarktorientierung, wie sie die EU zum Beispiel mit dem geplanten Auslaufen der Milchquote bis 2015 praktiziert, erreicht das Gegenteil. Neben der Umstrukturierung der Fördersysteme ist zur Unterstützung der heimischen Milchwirtschaft die Einführung einer nachfrageorientierten Milchmengenregelung zu prüfen.

Die kontraproduktive agrarstrukturelle Flurneuordnung muss beendet werden. 60 Prozent der hierfür eingestellten Gelder werden für die Asphaltierung und die Zerschneidung von Flächen beim Wegebau ausgegeben. Das ist ökologisch fatal und schadet dem Landschaftsbild wie dem Tourismus. Daher wollen wir die agrarstrukturelle Flurneuordnung als Aufgabe des Landes abgeben. Landesweit bedeutsame Modellvorhaben im Sinne des Naturschutzes sollen über andere Programme oder Strukturen realisiert werden. Dadurch wollen wir das Instrument der Flurneuordnung vollständig in den Dienst ökologischer Zielsetzung stellen und bäuerliche Familienbetriebe stabilisieren, anstatt der weiteren „Industrialisierung“ der Agrarwirtschaft Vorschub zu leisten.

Förderprogramme zur Entwicklung des ländlichen Raums wie „LEADER“ wollen wir nach dem Vorbild der PLENUM-Gebiete (Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und

Umwelt) zu naturschutz- und nachhaltigkeitsorientierten Regionalentwicklungsprogrammen mit partizipativem Ansatz ausbauen.

Für ein hundert Prozent gentechnikfreies Baden-Württemberg

80 Prozent der Bevölkerung lehnen genmanipulierte Lebensmittel ab. Die baden-württembergische Landwirtschaft könnte daher von dem Prädikat „Gentechnikfrei“ stark profitieren. Zudem ist bei den relativ kleinteilig strukturierten Anbauflächen im „Ländle“ der Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen ohne erhebliche Schädigung benachbarter Betriebe gar nicht möglich.

Wir wollen ein hundertprozentig gentechnikfreies Baden-Württemberg. Um dies zu erreichen, müssen auf Bundes- und EU-Ebene endlich die rechtlichen Möglichkeiten zur Einrichtung gentechnikfreier Zonen geschaffen werden.

Um die VerbraucherInnen zu schützen, fordern wir klare Vorgaben zu Grenzwerten und Verunreinigungen von Lebens- und Futtermitteln sowie eine entsprechende Kennzeichnung aller Lebensmittel – inklusive Eiern, Fleisch und Milch von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Futter ernährt wurden. Saatgut, Futter- und Lebensmittel sind strikten amtlichen Kontrollen zu unterziehen, um gentechnikfreie Handels- und Produktionslinien sicherzustellen. Forschungsprojekte der Agro-Gentechnik werden wir nicht unterstützen.

Leitidee Verbraucherinnen und Verbraucher mächtig machen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind auf EU-, Bundes- und Landesebene die Stimme der VerbraucherInnen. Wir setzen uns dafür ein, den Schutz, die Information und die strukturelle Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher in allen Lebensbereichen zu erhöhen. An oberster Stelle stehen dabei qualitativ hochwertige, gesunde und sichere Lebensmittel und Produkte. Notwendig sind vollständige Transparenz, intensive Aufklärung und bessere Kontrollen.

Ziel unserer Verbraucherpolitik ist die Organisation von Verbraucherinnen und Verbrauchern als Marktmacht. Es geht uns um die gleiche Augenhöhe im Marktgeschehen – zwischen Verbraucherseite und den Händlern und Produzenten. Denn gut informierte und mündige Verbraucherinnen und Verbraucher sind natürliche Garanten und Verbündete funktionierender Märkte und seriös arbeitender Betriebe. Neben Informationsrechten, Transparenz und Kennzeichnungspflichten benötigen wir eine unabhängige und flächendeckende Verbraucherberatung sowie durchsetzungsstarke Verbraucherschutzorganisationen mit erweiterten Klagerechten.

Gesunde und sichere Lebensmittel

VerbraucherInnen haben ein Recht auf transparente, wahrheitsgetreue Informationen. Nur wer weiß, was in Lebensmitteln „drin“ ist, hat die Möglichkeit, sich selbst und seine Kinder gesund zu ernähren. Umfassende Transparenz ist der Schlüssel zur längst überfälligen Qualitätsdebatte im Lebensmittelbereich. Die Vorschriften zur Kennzeichnung von Lebensmitteln sind dringend zu überarbeiten: Statt Etiketten mit undurchschaubaren Inhaltsangaben müssen Label mit aussagekräftigen Informationen her. Auf Bundesebene fordern wir neben der Nährwertkennzeichnung durch die Lebensmittelampel das Smiley-Kennzeichen für Gaststätten und Lebensmittel verarbeitende Betriebe wie Bäckereien und Metzgereien. Das Land braucht mehr Personal für die Lebensmittelüberwachung. Auch Verbraucherzentralen sowie Chemische und Veterinäruntersuchungsämter müssen personell besser ausgestattet werden.

Vorsicht Kinderspielzeug! – Produktsicherheit ist uns ein Anliegen

Schlagzeilen wie „Gift im Spielzeug“ müssen endlich der Vergangenheit angehören. Wir stehen für präventive und scharfe Regelungen, die gefährliche Produkte gar nicht erst entstehen lassen. Zudem brauchen wir besser ausgestattete und effizientere Kontrollinstanzen, die gefährliche und ge-

sundheitsgefährdende Produkte sicher identifizieren können und Risiken neuer Technologien frühzeitig erkennen.

Wir brauchen ein einheitliches, europaweites Prüfsiegel, das auf dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz (GPSG) beruhen soll. Dieses Prüfsiegel muss rechtsverbindlich sein. Jede Produktneuzulassung oder -weiterentwicklung muss zur Begutachtung vorgelegt werden und darf ohne Prüfsiegel nicht in den Handel gelangen. Produkte, die vor mehr als fünf Jahren entwickelt wurden und noch immer unverändert im Verkauf sind, müssen neu begutachtet und auf den neuesten technischen Stand gebracht werden. Das Siegel muss alle Aspekte der Produktsicherheit umfassen, um dem Prüfsiegel-Wirrwarr ein Ende zu machen.

Schutz vor unseriöser Finanzberatung, Telefon- und Internetwerbung

Am Finanzmarkt nimmt die Komplexität und Tragweite finanzieller Entscheidungen für VerbraucherInnen stetig zu. Dem gegenüber stehen häufig nur an Provisionen der Beratenden ausgerichtete oder unzureichende Beratungsangebote. Wir treten für die Zusammenführung der in zahlreichen Gesetzen zersplitterten Regelungen in einem Gesetz zu Verbraucherschutz und Verbraucherinformation bei Finanzdienstleistungen ein. Für überschuldete VerbraucherInnen sind verbesserte Beratungen und Umschuldungshilfen notwendig.

Verträge für Handys, Telefentarife, Versicherungen oder Lotteriescheine, die gerade Jugendlichen und älteren Menschen am Telefon aufgedrängt werden, sind eine Plage und können zur Verschuldung führen. Für uns steht fest: Aus einem verbotenen Anruf darf kein gültiger Vertrag resultieren. So operierende Unternehmen müssen konsequent bestraft werden. Wir GRÜNEN wollen die Verbraucher- und Datenschutzrechte auch in der digitalen Welt stärken. Abzocke im Internet, intransparente und irreführende Vertragsgrundlagen müssen wirksam bekämpft werden. Besonders Kinder und Jugendliche wollen wir durch die schulische Vermittlung von Medienkompetenz sowie sinnvolle Beratungsangebote weiter stärken.

Leitidee: Grüner leben in Stadt und Land

Das Leben in der Stadt ist für viele Menschen attraktiv. Sie schätzen Kultur- und Freizeitangebote sowie kurze Wege zur Arbeit und Schule. Verkehrsstaus, schlechte Luft, Lärm und Feinstaubbelastung sind die Kehrseite der Medaille. Wenn wir die Lebensqualität in den Städten erhalten wollen, müssen wir für eine gesunde, lebenswerte Umwelt sorgen. Natur in der Stadt wird daher immer wichtiger – zur Verbesserung des Stadtklimas, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, als Erholungsraum für die Menschen. Grüngürtel, naturnahe Gewässer, Stadtbäume, Gärten und Parkanlagen sowie Dach- und Fassadenbegrünungen seien als Beispiele genannt. Um noch mehr Natur in die Stadt zu bringen, wollen wir das Programm „Grüne Stadt“ starten und einen „Begrünungswettbewerb“ zum Erhalt heimischer Arten ins Leben rufen.

Über ein Drittel der baden-württembergischen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Hier werden die Auswirkungen des demografischen Wandels besonders spürbar werden. Dies betrifft die Versorgung mit Einzelhandelsprodukten und mit Energie, die Mobilität, die medizinische Versorgung, Dienstleistungen aller Art und die Versorgung im Alter. Schrumpft die Bevölkerung, wird in schwächer besiedelten Regionen die aufgeblasene Infrastruktur zur Belastung für Kommunen und Volkswirtschaft. Es ist kontraproduktiv, weiter auf Expansion zu setzen und wahllos weitere Wohn- und Gewerbegebiete auszuweisen. Stattdessen sollten Ortskerne gestärkt und frei werdende Kapazitäten durch interkommunale Kooperationsmodelle zielgenauer ausgelastet werden. Auf diese Weise lassen sich Ressourcen und Kosten sparen.

Dazu benötigen die Kommunen die steuernde Unterstützung durch die Landes- und Regionalpolitik. Um die Vorgaben des Baurechts konsequenter umzusetzen, müssen die Kontrollinstanzen unabhängig werden – etwa durch den Ausschluss von BürgermeisterInnen aus den beschließenden

Gremien auf Kreisebene. In ländlichen Regionen ist eine gute Infrastruktur das A und O. Dazu gehören Lebensmittelversorgung, Verwaltung, Post, Internet, ÖPNV, ÄrztInnen, Kindergärten und -tagesstätten sowie Schulen. Wo es heute schon an grundlegenden Versorgungseinrichtungen mangelt, muss das Zentrale-Orte-Prinzip - die Zusammenlegung dieser Einrichtungen an einem gut erreichbaren Ort - ausgebaut werden. Auch mobile Angebote, wie mobile Arzt- und Pflegedienste, Beratungs- und Verkaufsangebote, die die Menschen an ihrem Wohnort mit Waren und Dienstleistungen versorgen, sind zu unterstützen.

Leitidee: Ab ins Grüne! Umweltverträgliches Reisen

Baden-Württemberg hat viel zu bieten: Der Schwarzwald, die Bodenseeregion, das Allgäu, der Odenwald, die Schwäbische Alb und andere Regionen sind Tourismusmagneten mit hohem Erholungswert. Mit mehr als 42 Mio. Übernachtungen jährlich ist die Tourismusbranche ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Sie zählt zu den größten Arbeitgebern im Land.

Doch das Reisen muss stärker als bisher in Einklang mit der natürlichen und sozialen Umwelt gebracht werden. Wir GRÜNEN fordern daher eine zukunftsfähige Tourismuspolitik, die sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der ethischen Verantwortung orientiert. Ein „grünes Image“ würde der Urlaubsregion Baden-Württembergs einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil bescheren: Sie könnte sich im nationalen und internationalen Wettbewerb klar positionieren. Auch die demografische Entwicklung macht ein Umdenken erforderlich: In zehn Jahren werden nahezu 50 Prozent der Deutschen über 50 Jahre alt sein. Angebote für die „Best Ager“ sind zunehmend gefragt. Zugleich wollen wir mehr günstige Unterkünfte ermöglichen und den Jugendaustausch fördern, damit auch kinderreiche Familien in Baden-Württemberg Urlaub machen können.

Tourismus und Naturschutz gehen für uns immer Hand in Hand. Für die Pflege und den Erhalt der charakteristischen Natur- und Kulturlandschaften brauchen wir naturnah wirtschaftende Landwirte, Obst- und Weinbauern. Sie halten die Landschaft offen und tragen zum Schutz wertvoller Lebensräume wie Wacholderheiden, Streuobst- oder Bergwiesen bei. Auch Biosphärengebiete, Natur- und Nationalparks sind für den Erhalt der Natur wichtig. Wir fordern eine Debatte über die Einrichtung eines Nationalparks und eines zweiten Biosphärengebietes, eine bessere Ausstattung des Biosphärengebietes und der Naturparks und die effektive Nutzung dieser Instrumente für die Tourismusförderung und professionelles Landschaftsmarketing. Generell plädieren wir für einen sanften Tourismus in zeitgemäßem Gewand.

Dazu gehören Anreiseangebote mit der Bahn (Beispiel: „Fahrtziel Natur“) ebenso wie ein gut ausgebauten ÖPNV-Netz mit attraktiven Taktzeiten am Urlaubsort sowie gastfreundliche Nutzungsbedingungen wie sie z.B. KONUS („Kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs für Schwarzwaldurlauber“) bietet. Die Radroutennetze sind deutlich und einheitlich auszuschildern, die Mountainbike-Wegenetze in den Mittelgebirgen kontrolliert zu erweitern. Keine Zukunft hingegen hat für uns der alpine Wintersport in Baden-Württemberg. Für Schneekanonen, Zufahrtsstraßen oder Parkhäuser an Skihängen darf es keine Unterstützung durch das Land geben. Als zukunftsfähige Alternativen bieten sich der Ausbau von Loipennetzen und die Ausweisung von Schneeschuh-Wanderstrecken an.

Veränderungen im Gesundheitswesen und steigende Anforderungen im Berufsalltag erfordern einen zukunftsfähigen Gesundheits- und Wellness-Tourismus. Hier bietet der ländliche Raum großes Entwicklungspotenzial. Mittelfristig aussteigen wollen wir aus der Subventionierung von Staatsbädern und aus den Bäderbeteiligungen des Landes, die bestehende finanzielle Abhängigkeiten zementieren. Anders als die bisherige Landesregierung, die Baden-Württemberg als Ganzes touristisch vermarktet, wollen wir entsprechende Ausgaben und Maßnahmen regional ausrichten. Die Tourismusförderung ist nach ökologischen Kriterien auszugestalten. Dem Gießkannenprinzip der CDU/FDP-Landesregierung erteilen wir eine Absage!

Leitidee: Mobilität braucht neue Wege!

Eine Klima schonende Mobilität bildet für uns die Grundlage einer gelungenen Verkehrspolitik. Statt auf autozentrierte Konzepte setzen wir auf die Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsträger. Die gesundheitlichen Belange der Bevölkerung müssen Vorrang vor den Interessen des Verkehrs haben. Die flächendeckende Umsetzung von Konzepten zur Reduzierung von Feinstaub- und Lärmemissionen ist längst überfällig.

Klimaschonende Mobilität statt Abhängigkeit vom Auto

Das Fahren mit PKW und LKW ist nicht nur umwelt- und klimapolitisch die ineffizienteste Art der Fortbewegung: Das Auto verbraucht von allen Fortbewegungsmitteln die meiste Primärenergie je Kilometer. Zudem ist das Autofahren mit hohen Feinstaub- und Lärmemissionen verbunden. Auch der Verkehr muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wir GRÜNEN wollen die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent senken – auch im Verkehr. Um dies zu erreichen, brauchen wir:

- ◆ eine integrierte Verkehrsplanung, die auf Verkehrsvermeidung setzt,
 - ◆ eine Verdoppelung der Anteile des umweltorientierten Verkehrs (Fußgängerverkehr, Radverkehr, Bus- und Schienenverkehr) bis 2020,
 - ◆ eine radikale CO₂-Reduktion im Straßenverkehr, u. a. durch neue Antriebstechnologien (z.B. E-Autos), und
 - ◆ einen Verzicht auf den Bau neuer Flughäfen und auf den Ausbau der (Regional-)Flughäfen.
- Deutschland ist das einzige Land in Europa, in dem es keine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung gibt. Doch je höher das Tempo, umso höher sind auch die CO₂-Emissionen, und umso gefährlicher wird es auf den Straßen. Wir GRÜNEN fordern deshalb ein Tempolimit von 120 km/h, mit dem sich die CO₂-Emissionen um bis zu 9 Prozent und schwere Unfälle um bis zu 30 Prozent senken lassen. Zudem erhielte die Autoindustrie einen Anreiz, sparsamere und leichtere Automobile zu entwickeln.

Vorrang für FußgängerInnen, FahrradfahrerInnen und ÖPNV-NutzerInnen

Nicht nur in der Stadt, auch in ländlichen Regionen lassen sich viele Wege auf umweltfreundliche und gesundheitsfördernde Art und Weise zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen. Diese Art der Fortbewegung muss attraktiver werden. Voraussetzung dafür ist eine fahrrad- und fußgängerfreundliche Verkehrsplanung, eine integrierte (Rad-)Wegeplanung über Gemeindegrenzen hinweg und eine einheitliche landesweite Radwegebeschilderung. Die Verkehrsverträge sind so auszugestalten, dass Fahrräder problemlos im Zug mitgeführt werden können. Wir wollen die „Vision Zero“ umsetzen, d.h., die Straße so sicher gestalten, dass es keine Verkehrstoten und Schwerverletzten mehr gibt. Die Landesnahverkehrsgesellschaft (NVBW) wollen wir zu einem Kompetenzzentrum für ökologische Mobilität umgestalten, das für die Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger und den Betrieb von landesweiten Serviceeinrichtungen (z.B. Tarifauskünften, Verkehrsleitzentralen, Bewilligungsstellen) Verantwortung trägt. Das hier angesiedelte Fahrradmanagement des Landes erhält ein ausreichendes Budget zur effektiven Radverkehrsförderung in Baden-Württemberg.

Vorfahrt für Busse und Bahnen

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und -fernverkehr muss eine verlässliche Alternative zum Autoverkehr werden. Eisenbahn (Regionalzug und S-Bahn), Stadtbahn, Omnibus und Anrufsammeltaxi sind so miteinander zu vernetzen, dass jede Gemeinde von 5 bis 24 Uhr mindestens stündlich angefahren wird. Nachtzüge oder -busse sorgen in den Nachtstunden für mehr Verkehrssicherheit. Auch in den Städten gibt es noch Verbesserungsbedarf. Wir wollen prüfen, wie die erforderlichen Kapazitätserweiterungen ermöglicht und mithilfe des Landes finanziert werden können.

Aus sozialpolitischer Sicht garantiert der ÖPNV allen Menschen Teilhabe und Mobilität. Wir wollen künftig noch stärker darauf achten, dass die Tarife im ÖPNV bezahlbar bleiben. Daher lehnen wir eine noch stärkere Nutzerfinanzierung über weitere Preiserhöhungen ab. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der ÖPNV endlich Vorrang vor dem Individualverkehr erhält. Wir wollen, dass der Schienennahverkehr landesweit mit einem dichten und regelmäßigen Taktfahrplan und mit modernen und komfortablen Fahrzeugen fährt. In diesem Zusammenhang soll auch geprüft werden, ob stillgelegte aber noch bestehende Bahnstrecken reaktiviert werden können, um so das Bahnnetz in die Fläche zu erweitern. Das Fahrplanangebot ist auszubauen, und die Qualität der Verkehrsleistungen ist zu verbessern. Hier liegen uns besonders die Interessen von Familien mit Kindern und mobilitätseingeschränkten Menschen am Herzen. Wir werden darauf achten, dass die Zahl der Verkaufsstellen erhöht wird und Sicherheits- und Serviceaspekte an den Verkehrsstationen und in den Fahrzeugen mit berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang werden wir uns für die Barrierefreiheit öffentlicher Wege und Verkehrsmittel einsetzen. An allen Bahnhöfen und vielen Haltestellen sollen die Abstellmöglichkeiten für Räder verbessert und die Carsharing-Stellplätze ausgeweitet werden.

Fahrgäste müssen sich auf den Service von Bussen und Bahnen verlassen können. Die Qualitätsstandards (z.B. im Hinblick auf Pünktlichkeit, Anschlussicherheit, Sauberkeit, Verkaufstellennetz) wollen wir vertraglich festlegen. Die Vertragsstrafen bei Nichteinhaltung sind so hoch anzusetzen, dass die Auftragnehmer ein Interesse an der Einhaltung der Standards haben. Umgekehrt muss die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) und des ÖPNV für die Aufgabenträger langfristig planbar sein. SPNV-Leistungen sollen konsequent ausgeschrieben werden. Die eingesparten Zuschussbeträge werden wir in die Verbesserung des Angebots investieren.

Die Finanzmittel des Landes für Straßenbahnen und Busse wollen wir zunächst bei den kommunalen, mittelfristig beim regionalen Aufgabenträger bündeln. Wir streben an, die Hälfte der Erträge aus neuen Finanzierungsinstrumenten für den Straßenverkehr in den ÖPNV und SPNV zu investieren. Auf Bundesebene muss sich Baden-Württemberg dafür einsetzen, dass die Regionalisierungsmittel auch weiterhin in der bisherigen Höhe fließen. Darüber hinaus sind grenzüberschreitende Nahverkehrsverbindungen ins benachbarte Ausland und in benachbarte Bundesländer so auszubauen, dass sie den Bedürfnissen von PendlerInnen Rechnung tragen und zum Abbau von Barrieren beitragen.

Wir wollen einen bezahlbaren landesweiten Baden-Württemberg-Tarif einführen und die Zersplitterung in mehr als 20 Verkehrsverbünde schrittweise zurückführen. Die Einbeziehung anderer umweltorientierter Verkehrsangebote (z.B. Carsharing-Angebote, Call a Bike, Anrufsammeltaxis) in diesen Tarif wird angestrebt.

„Stuttgart 21“ ade

Wir lehnen „Stuttgart 21“ und die Schnellfahrstrecke „Wendlingen am Neckar - Ulm“ in ihrer derzeitigen Planung ab, da die Projekte verkehrspolitisch fragwürdig und viel zu teuer sind.

Die meisten Bahnreisenden fahren rund 100 Kilometer pro Fahrt. Für sie sind pünktliche Züge, Direktverbindungen oder bequeme Umsteigemöglichkeiten sowie günstige Preise wichtig. Das Projekt „Stuttgart 21“ setzt jedoch gegenteilige Prioritäten, ist völlig am Bedarf vorbeigeplant und verhindert so dringend notwendige Investitionen in eine zukunftsfähige Eisenbahninfrastruktur. Die Leistungsfähigkeit von Stuttgart 21 ist nicht gegeben, wenn im Tiefbahnhof unrealistisch kurze Aufenthaltszeiten für Nahverkehrs- und Fernverkehrszüge zugrunde gelegt werden. Kurze Aufenthaltszeiten reichen bei starkem Fahrgastaufkommen nicht aus und führen daher zwangsläufig zu Verspätungen im gesamten Streckennetz der Bahn. Ein Fahrzeitgewinn von 26 Minuten wird so schnell zu einem verpassten Anschluss in Mannheim, Stuttgart oder Plochingen.

Daran schließt sich ein Problem an: Mit dem Tiefbahnhof ist der integrale Taktfahrplan, also das gleichzeitige Ankommen und Umsteigen in alle Hauptrichtungen zu einem bestimmten Zeitpunkt, nicht machbar. Ein Eisenbahnknoten für einen integralen Taktfahrplan benötigt genug Umsteigemöglichkeiten. Dort müssen die Züge länger halten können - und zwar alle auf allen Gleisen. Dafür reicht der achtgleisige Tiefbahnhof jedoch nicht aus. Dabei ist gerade der integrale Taktfahrplan, der den Reisenden ein bequemes und rasches Umsteigen erlaubt, für die Fahrgäste von großer Bedeutung. Schließlich sollen die Fahrzeitgewinne im Fernverkehr beim Umsteigen in Stuttgart nicht wieder aufgelöst werden.

Die Schnellfahrstrecke zwischen Wendlingen und Ulm ist für Güterzüge nicht befahrbar. Sie weist eine Steigung von bis zu 31 Promille auf, die nur Schnellgüterzüge mit einem Gewicht von maximal 1.000 Tonnen und 500 Metern Länge überwinden können. Solche Züge existieren aber gar nicht. Seit Jahren tendiert der Güterbahnverkehr zu höheren Transportgewichten und steigenden Zuglängen, um rentabel und konkurrenzfähig zu bleiben. Die Neubaustrecke bringt also gegenüber der Altstrecke über die Geislinger Steige, die der Schienengüterverkehr schon heute meidet, keinen Vorteil. Nach neueren Schätzungen werden sich die Gesamtkosten von „Stuttgart 21“ und der Schnellfahrstrecke zwischen Wendlingen und Ulm auf bis zu 11 Mrd. Euro belaufen. Mit dieser Summe könnten alle Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden, die notwendig sind, um bis 2025 die für eine verdoppelte Transportleistung notwendige Trassenkapazität zu schaffen. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag zur Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Wir setzen uns für baulich, ökologisch und wirtschaftlich weniger riskante Alternativen ein, die die Verbindung Stuttgart-Ulm beschleunigen und ausbauen.

Wir wollen eine Volksabstimmung über die Beteiligung des Landes an Stuttgart 21 einleiten. Die Ergebnisse der Sach- und Fachschlichtung, die im Herbst 2010 unter Leitung von Heiner Geißler durchgeführt wurde, hat unsere Analyse bestätigt, dass Stuttgart 21 die erforderliche Leistungsfähigkeit nicht erreicht und im Kosten-Nutzen-Verhältnis nicht darstellbar ist. Bei den Empfehlungen des Schlichters nimmt der geforderte Stresstest eine zentrale Rolle ein. Sollte die Bahn ebenso wie in der Fachschlichtung auch beim Stresstest nicht nachweisen können, dass das Ziel eines Leistungszuwachses in der Spitzenzeit erreichbar ist, würden Nachbesserungen in erheblichem Umfang eine erhebliche Verteuerung des Projektes zur Folge haben. Damit die Ergebnisse des Stresstests zweifelsfrei anerkannt werden können, verlangen wir die Begleitung durch einen Lenkungskreis mit ExpertInnen der Träger und der Gegner sowie einer Moderation. Der Stresstest kann - je nach Ausgang - Planungsänderungen in erheblichem Umfang nach sich ziehen. Wir fordern deshalb als logische Konsequenz einen Bau- und Vergabestopp, bis die Ergebnisse vorliegen.

Wir halten es für dringend geboten, die Bevölkerung bei vergleichbaren größeren Infrastrukturmaßnahmen frühzeitig in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Rheintalbahn: Lärmschutz sichern

Neben der Verbesserung regionaler Verkehrsverbindungen hat für uns der zügige und menschengerechte Ausbau der Rheintalstrecke im Schienenverkehr Priorität. Die Rheintalbahn ist die zentrale europäische Güterzugverbindung. Wir wollen mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagern und stehen zum viergleisigen Ausbau der heute schon überlasteten Strecke.

Lärm macht krank. Darum wollen wir beim Ausbau zwischen Offenburg und Basel eine bessere Trassenführung erreichen, die den notwendigen Lärmschutz gewährleistet und den Interessen der Menschen an der Strecke entspricht. Wir wollen den Lärm auch an der Quelle beseitigen und treten nachdrücklich für leise Güterzüge ein. Dazu haben wir Initiativen im Bundestag ergriffen, die aber von CDU, FDP und SPD bisher abgelehnt werden. Wir wollen die Abschaffung des Schienenbonus' für Gütertrassen wie die Rheintalbahn. Gemeinsam mit den Bürgerinitiativen am Oberrhein

werden wir GRÜNE weiterhin mit Nachdruck bei der Bahn als Trägerin des Vorhabens und bei der für die Finanzierung zuständigen Bundesregierung für den menschengerechten Ausbau werben. Wir sehen auch das Land in der Pflicht, im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Möglichkeiten zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen zu finanzieren.

Engpässe in der Metropolregion Rhein-Neckar beseitigen

Die Neubaustrecke Frankfurt - Mannheim ist von zentraler Bedeutung für die Anbindung insbesondere der nördlichen Landesteile an den Raum Frankfurt, aber auch für eine Weiterentwicklung von Fernverkehrsangeboten. Nur mit ihr können die dafür nötigen zusätzlichen Kapazitäten bereitgestellt werden. Wir setzen uns daher für die zügige Finanzierung und Realisierung der umweltverträglichsten Variante unter ausschließlicher Anbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs ein. Die Planung muss vorab rechtzeitig und transparent mit den betroffenen BürgerInnen diskutiert werden.

Die Stadt der kurzen Wege – Bewegungsräume für alle

Der zersiedelten, autozentrierten Stadt setzen wir das Leitbild einer kompakten Stadt der kurzen Wege entgegen. In der Stadt der kurzen Wege gibt es drei Verkehrsarten:

- ◆ den Fußgänger- und Radverkehr, dem eine adäquate Infrastruktur zur Verfügung steht,
- ◆ den stark ausgebauten und flexibilisierten ÖPNV und
- ◆ den effizienten, reduzierten PKW-Verkehr mit einem hohen Anteil öffentlicher Autos (z.B. Carsharing)

Die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs in den Stadtteilen soll sichergestellt sein und wird durch die Erstellung von Märkte- und Zentrenkonzepten gefördert. Dadurch kann die Ansiedlung von Discountmärkten „auf der grünen Wiese“ vermieden werden.

Ein gut ausgebautes System öffentlich zugänglicher Fahrräder soll die Mobilität erleichtern. In einem ersten Schritt wollen wir die Rechtsgrundlagen dafür schaffen, dass die Städte und Gemeinden in eigener Verantwortung grundsätzlich Tempo 30 auf innerstädtischen Straßen einführen können.

Der Güterverkehr macht einen erheblichen Teil des Verkehrsaufkommens in den Großstädten aus. Wir fordern, dass für jede Stadt ab 250.000 Einwohner ein City-Logistik-Konzept erarbeitet wird. Dabei geht es um die Bündelung des Warenverkehrs: Speditionen liefern ihre Waren nicht mehr einzeln aus, sondern beschicken ein zentrales Warenlager, von dem aus die Kunden beliefert werden. Damit entfallen viele Anfahrtswege.

Mobilität im ländlichen Raum

Die Mobilitätskonzepte im ländlichen Raum sind zu überdenken. Die Förderung der Verkehrsinfrastruktur durch Investitionszuschüsse des Landes hat sich als ineffizient erwiesen. Mit den Geldern wurden vielfach völlig unnötige und überdimensionierte Straßen gebaut. Für uns hat der Unterhalt vorhandener Straßen Vorrang vor Neubauten. Wir wollen den größten Teil der Investitionszuschüsse nicht mehr projektbezogen ausgeben, sondern den Kommunen pauschal zur Verfügung stellen: Zwei Drittel des Geldes sollen für kleinere Projekte an die Gemeinden fließen, die davon mindestens 50 Prozent in den ÖPNV investieren müssen. Damit gerade Kinder, Jugendliche und mobilitätseingeschränkte Menschen auf dem Land auch ohne Auto mobil bleiben, müssen zusätzlich zum Linienverkehr vermehrt Rufbusse oder Anrufsammeltaxis eingesetzt werden.

Für den Individualverkehr brauchen wir neben den Klassikern wie dem Carsharing neue, flexible Möglichkeiten wie z.B. Online-Mitfahrzentralen und andere innovative Mobilitätskonzepte. Nur in Einzelfällen können Straßenneubauten – bei gleichzeitigem Rückbau der alten Infrastruktur – sinn-

voll sein, um die betroffene Bevölkerung von Lärm und Emissionen zu entlasten. Umwelt- und Naturschutzbelange müssen dabei viel stärker als bisher berücksichtigt werden.

PKW-Maut

Mit der LKW-Maut, die wir auf kleinere Transporter (ab 3,5 Tonnen) und das gesamte (vierspürige) Fernstraßennetz ausweiten wollen, werden wir im Güterverkehr faire Rahmenbedingungen für den Warentransport auf der Straße und auf der Schiene herstellen. Mit der Einführung einer City-Maut wollen wir Städten und Ballungsräumen ermöglichen, den Individualverkehr zugunsten des ÖPNV umzustrukturieren. Die Einführung einer allgemeinen PKW-Maut und die Abschaffung der Kfz-Steuer lehnen wir aus sozialen und ökologischen Gründen ab. Auch das Halten eines Fahrzeugs beansprucht Fläche und Infrastruktur. Wir brauchen kein neues Finanzierungsinstrument wie die PKW-Maut, sondern die ökologische Ausgestaltung vorhandener Instrumente.

Kein Flughafenausbau im Land!

Wir werden auch in der kommenden Legislaturperiode alles dafür tun, dass die bestehenden Flughäfen und Landeplätze nicht weiter ausgebaut werden und dass es weder Neubauten noch Umwidmungen gibt. Die Nachtflugverbote dürfen nicht gelockert werden. Die Gewährung von Landes- und Kommunalmitteln für die Flugverkehrs-Infrastruktur lehnen wir ab, da sich der Flugverkehr selbst finanzieren muss. Baden-Württemberg muss sich dafür einsetzen, dass Flugbenzin endlich besteuert wird und dass die Mehrwertsteuerbefreiung bei internationalen Flügen entfällt.

Wir fordern für die südbadische Grenzregion auch eine deutliche Beschränkung der Flugverkehrsbelastung durch den Züricher Flughafen auf max. 80.000 Anflüge pro Jahr, die uneingeschränkte Beibehaltung des Nachtflugverbotes sowie keine Abflüge über deutschem Gebiet und den Ausschluss von Umweg- und Warteflügen über deutschem Gebiet. Baden-Württemberg darf keinen Ausgang der zwischenstaatlichen Verhandlungen hinnehmen, der Mehrbelastungen für den südbadischen Raum vorsieht.